



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

**Rede**  
**des Parlamentarischen Staatssekretärs bei**  
**der Bundesministerin für Bildung und Forschung,**  
**Dr. Helge Braun, MdB,**

**anlässlich**  
**des 60-jährigen Bestehens des Bundeselternrats**

**am 11. Mai 2012**  
**in Berlin**

Es gilt das gesprochene Wort!!

Sehr geehrter Herr Minister Dogerloh,  
sehr geehrter Herr Staatssekretär Jungkamp,  
sehr geehrter Herr Vogeler,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Elternarbeit ist ehrenamtliche Arbeit: Sie ist freiwillig, öffentlich und nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet. Ehrenamtlich zu arbeiten bedeutet, einen Teil der eigenen Freizeit für die Gemeinschaft zu investieren. Ehrenamtliche Tätigkeit ist gelebte Bürgerbeteiligung und damit ein Kernbestandteil des demokratischen Gemeinwesens.

Das Jahr 2011 wurde von der Europäischen Kommission zum „Jahr des bürgerschaftlichen Engagements“ erklärt, weil die Freiwilligentätigkeit gemeinsame europäische Werte wie Solidarität und sozialen Zusammenhalt stärkt.

Wir brauchen ehrenamtliches Engagement in den Bereichen Jugend, Kultur, Sport, Umwelt, Gesundheit, Sozialwesen, Verbraucherschutz, humanitäre Hilfe, Entwicklungspolitik, Forschung – und in der Bildung.

Warum engagieren sich ausgerechnet Eltern auf diese Weise? Wo doch gerade für Eltern – worauf auch der 8. Familienbericht der Bundesregierung klar hinweist – die Ressource Zeit ausgesprochen knapp ist. Eltern brauchen die Gewissheit, dass ihre Kinder in den Schulen nicht nur betreut und versorgt, sondern insbesondere auch gut gebildet und erzogen werden. Sie möchten die Bildung und Erziehung ihrer Kinder im System Schule mit kritisch-konstruktivem Geist begleiten und ihre Sicht auf die Kinder und Jugendlichen einbringen. Sie möchten die Lehrkräfte und die Institution Schule unterstützen, um die beste Bildung für ihr Kind oder ihre Kinder zu erreichen.

Der Bundeselternrat verfügt – im Gegensatz zu den Landeselternvertretungen

– nicht über eigene gesetzlich verankerte Mitwirkungsrechte.

Wir kennen Formen der Elternbeteiligung, die sich unmittelbarer im System Schule auswirken. Ich denke dabei an die Hilfe bei Schulfesten, die Begleitung von Fahrten oder die finanzielle Unterstützung der Schule durch Eltern. Nicht zu vergessen die Schulfördervereine, die für die Schulen vor Ort – im Übrigen auch ehrenamtlich – wichtige und konkrete Unterstützungsarbeit leisten.

Trotzdem sehen wir es als unerlässlich an, mit dem Bundeselternrat ein Gremium zu haben, das gleichsam als Gegenstück zur Kultusministerkonferenz die Interessen der Landeselternvertretungen bündelt, Grundlinien einer gemeinsamen Elternpolitik sichtbar macht und schulpolitische Themen gesamtstaatlich zur Geltung bringt.

Für uns ist es wichtig, auf Bundesebene einen Ansprechpartner zu haben, wenn es um die Belange von Eltern geht. Abgesehen von wenigen Themenfeldern, in denen einzelstaatliche Interessen im Bundeselternrat dieses erschweren oder gar verhindern, gelingt es dem Bundeselternrat doch fast immer, auf Bundesebene mit einer Stimme zu sprechen: in den Medien, im Rahmen von Anhörungen oder durch Veröffentlichung seiner Resolutionen.

Der Bundeselternrat trägt zur bildungspolitischen Debatte aktiv bei. Als Beispiel nenne ich hier nur seine Kritik am Bildungs- und Teilhabepaket, seine Teilnahme am Runden Tisch der Bundesregierung gegen Kindesmissbrauch oder als Mitglied des Tagungsbeirats „Bildungsforschung 2020“. Im Rahmen der von uns geförderten Fachtagungen des Bundeselternrats treffen sich Elternvertreter zum gegenseitigen Austausch und erhalten Informationen zu bundesweit relevanten Themen. Als Multiplikatoren kehren sie mit neuen Ideen zurück in ihren jeweiligen Wirkungsbereich.

Der Bildungserfolg unserer Kinder und Jugendlichen ist bei allem Respekt für die Kulturhoheit der Länder auch eine gesamtstaatliche Aufgabe. Auf die Frage der Bundeskanzlerin „Wie wollen wir lernen?“ im „Bürgerdialog“ haben Bürgerinnen und Bürger rund 2000 Vorschläge (von insgesamt 11000) eingereicht. Der Vorschlag, Schule neu und bundesweit zu denken, fand von allen die größte Zustimmung. Auf die Ergebnisse der derzeitigen Auswertung bin ich sehr gespannt.

Die Wirkungsmacht des Bundeselternrats ist stark von der Person und dem persönlichen Einsatz ihres jeweiligen Vorsitzenden geprägt.

An dieser Stelle möchte ich allen bisherigen Vorsitzenden – von denen heute einige anwesend sind – und besonders Ihnen, Herrn Vogeler, für Ihr großes Engagement in diesem wichtigen Amt herzlich danken.

Die Kinder sind unsere Zukunft und Bildung ist in unserem rohstoffarmen Land der Schlüssel zu wirtschaftlichem und sozialem Aufstieg, zu gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe. Alle Kinder und Jugendlichen müssen die bestmöglichen Startchancen für ihren Bildungsweg erhalten.

Alle Eltern sind am Bildungserfolg ihrer Kinder interessiert. Laut der Studie „Eltern unter Druck“ (Konrad-Adenauer-Stiftung 2008) bewerten drei Viertel von ihnen den Schulabschluss ihres Kindes persönlich als sehr wichtig, 22% zumindest als eher wichtig. Aber die Ressourcen und Strategien sind auch von sozialen Lebenslagen abhängig. Während Eltern mit größeren sozioökonomischen Ressourcen leichter außerschulische Angebote nutzen können, sind Eltern mit geringeren Ressourcen stärker von schulischen bzw. öffentlichen Bildungsangeboten abhängig.

Ganztagschulen tragen hier zu mehr Chancengerechtigkeit bei. Der mit dem Investitionsprogramm des Bundes 2003 angestoßene Auf- und Ausbau von Ganztagschulen hat eine enorme Dynamik entfaltet. Über die Hälfte aller Schulen im Primar- und Sekundarbereich verfügen heute über Angebote ganztägiger Bildung und Betreuung. Fast alle Länder planen, ihre Angebote weiter auszubauen.

Mit den Bündnissen für Bildung will das Bundesministerium für Bildung und Forschung zudem Maßnahmen der außerschulischen Bildung – schwerpunktmäßig der kulturellen Bildung – fördern, um mehr Chancen für benachteiligte Kinder und Jugendliche zu eröffnen. Die Bildungsbündnisse sollen von zivilgesellschaftlichen Akteuren, wie Vereinen, Verbänden und Initiativen erbracht werden, die sich vor Ort in Bündnissen für Bildung zusammenschließen. Förderungswürdig sind Maßnahmen auf lokaler Ebene wie Kurse, Seminare, Veranstaltungen, Kinder- und Jugendfreizeiten, Ferienakademien und Patenschaftsprogramme. Auch sollen im Zusammenhang die Qualifizierung für ehrenamtliche Betreuer gefördert werden.

Gestern stellte Ministerin Schavan diese Initiative öffentlich vor. Die Förderung soll Anfang 2013 beginnen. Insgesamt stellt das Bundesministerium für Bildung und Forschung für diese Förderung bis

250 Mio. € zur Verfügung.

Die Zukunftsaufgabe der Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen stellt auch die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer vor neue Aufgaben. Die vielbeschworene Wissensgesellschaft verlangt neue Kompetenzen. Immer mehr Informationen und komplexe Strategien müssen in

Wissen, in Handlungswissen umgesetzt werden. Gleichzeitig gilt es, Widersprüche aushalten zu können oder auch mit Unwissenheit umzugehen. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Globalisierung stellt die zukünftige Generation vor enorme Herausforderungen. Dies erfordert eine optimale Vorbereitung der Lehrerinnen und Lehrer.

Doch wie bilden wir die jungen Lehrer heute aus? Stellen Sie sich vor, Sie wollen Pilot werden. Über den Wolken schweben, viele Länder dieser Erde sehen - ein Traumberuf! Sie denken: Ich werde vieles lernen über Luftströme, über enorme Kräfte, die auf das Flugzeug einwirken. Ich werde Berechnungen anstellen müssen, Naturwissenschaften pauken und sicher gehört auch die Psychologie dazu, denn viele Menschen werden mir ihr Leben anvertrauen. Und schon bald werde ich in ein Flugzeug steigen, und ein erfahrener Fluglehrer sitzt neben mir und weist mich in die elementaren Grundlagen des Fliegens ein.

Was aber nun, wenn Sie erst ganz am Ende ihrer mehrjährigen Ausbildung in ein Flugzeug steigen und merken, dass sich der Traum für Sie zum Albtraum entwickelt? Das war jahrzehntelang der Standard in der Lehrerausbildung.

Zwar hat sich schon viel getan. Die Länder haben etliche Reformmaßnahmen vollzogen, dennoch müssen wir die Lehrerausbildung an einigen Stellen grundlegend verbessern. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat den Ländern daher eine „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ vorgeschlagen.

Im Zentrum der Qualitätsoffensive steht die Qualität der Ausbildung. Denn nur durch gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer werden unsere Kinder die Kompetenzen erhalten, die sie später brauchen, um in Leben zu bestehen, um

verantwortungsvolle Staatsbürger zu werden, ihre Persönlichkeit entfalten zu können

Am 20. April 2012 tagte hierzu die Frühjahrssitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz des Bundes und der Länder (GWK). In der Sitzung gelang es Bund und Ländern, den Grundstein für ein gemeinsames Programm zur qualitativen Verbesserung der Lehrerbildung zu legen. Weitere Verhandlungen sind notwendig, um das Ziel einer für beide Teile verbindlichen Bund-Länder-Vereinbarung nach Art. 91 b Grundgesetz zu erreichen.

In wichtigen inhaltlichen Fragen besteht schon jetzt weitgehende Übereinstimmung: So soll etwa der Praxisbezug in der Lehramtsausbildung gestärkt werden. Die Lehrerbildung soll sich an den Hochschulen strukturell profilieren und stärker verankert sein. Fachwissenschaften, Erziehungswissenschaften, Fachdidaktik und schulpraktische Elemente sollen besser zusammenarbeiten.

Sie müssen dazu übergehen, eine Verantwortungsgemeinschaft für die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer zu bilden.

Doch zu einigen Erwartungen und zur Frage, wie man die genannten Ziele am besten erreicht, gibt es noch unterschiedliche Auffassungen.

Mit einer „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ wollen wir auch einen Schritt in Richtung Mobilität von Studierenden und gegenseitiger Anerkennung von Abschlüssen gehen. Es kann doch nicht sein, dass ein Lehrer in Nordrhein-Westfalen studiert und dann in Bayern nicht zum Referendariat zugelassen

wird. Diese beiden Punkte sind für uns überhaupt maßgebend für die Zukunftsfähigkeit der Lehrerausbildung.

Mit den Ländern sind wir uns einig, die Anforderungen der Heterogenität und Inklusion schon bei der Ausbildung in den Blick zu nehmen.

Unumstritten ist die gesamtstaatliche Verantwortung für die Verbesserung der Lehrerausbildung. Die GWK hat eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe beauftragt, Vorschläge zu konkreter Ausgestaltung der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ auszuarbeiten. Wir hoffen auf einen erfolgreichen Start des langfristig angelegten Programms zu Beginn des nächsten Jahres.

„Nicht Fächer unterrichten wir – sondern Kinder!“ sagen die Finnen und weisen uns den richtigen Weg.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!